

Kommentare und Berichte

Pim Fortuyn

Der Tod des von einem Umweltaktivisten ermordeten Politikers Pim Fortuyn hat die Gemüter der Holländer stärker erhitzt als irgendein anderes Ereignis der niederländischen Nachkriegsgeschichte. Fortuyn, der am 6. Mai kurz nach einem Radiointerview in Hilversum vor dem Studio erschossen wurde, erhielt seit längerer Zeit Drohungen, sogar noch am Tage seines Todes. Sollte er einem Attentat zum Opfer fallen, so Fortuyn, werde dies Folge der Dämonisierung durch die Medien und „die Regierung“ sein. Dabei hatte er vor allem die Sozialdemokraten im Visier, die ihn mehr als einmal in eine Ecke mit Rechtsextremisten stellten. Für Fortuyn galt die Sozialdemokratische *Partij van de Arbeid* (PvdA) als Symbol einer „linken Kirche“. Während der Wahlkampagne wies er mehrmals auf PvdA-Seilschaften und ihre Postenschacherei hin. Er vergaß dabei wohlweislich zu erwähnen, dass auch er in der Vergangenheit von diesen Beziehungen profitiert hatte, sie brachten ihm Arbeit und eine Professur ein.

Es war Fortuyn, der den diesjährigen Wahlkampf beherrschte, wobei ihm, nicht nur seitens der Sozialdemokraten, immer wieder harsche Kritik zuteil wurde. Noch am 1. Mai hatten der sozialdemokratische Ministerpräsident Wim Kok und sein Nachfolger Ad Melkert vor Fortuyns „nach innen gekehrtem Nationalismus“ gewarnt. Der Vorsitzende der liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), Bas Eenhooft, sprach von Fortuyn als „Führertyp Mussolini“ und sein Parteifreund Gerrit Zalm betrachtete ihn schlichtweg als „gefährlichen Mann“. Für viele stellt sich die Frage, ob er, wie auch in den ausländischen Medien immer wieder zu hören ist, ein Rechtsextremist war, und zwei-

tens, inwieweit Politik und Medien tatsächlich haupt- oder mitverantwortlich zu machen sind für ein Klima, in dem ein solches Attentat stattfinden konnte.

Fortuyn stand programmatisch rechts von den holländischen Liberalen, die sich ihrerseits im politischen Spektrum rechts verorten. Er hat sich immer wieder betont als Demokrat dargestellt. Und Rechtsextremisten bilden unter den Wählern der Liste, die seinen Namen trägt, tatsächlich eine verschwindend kleine Minderheit. Der Begriff *rechtspopulistisch* scheint passender als *rechtsradikal* oder gar *rechtsextremistisch*. Seine wirtschaftlich neoliberalen und auf massive Deregulierung zielenden Ansichten verband er aber mit einer betont ausländerfeindlichen, anti-bürokratischen und Law & Order-Gesinnung, wobei er immer wieder die „völlig verknöcherte und selbstgefällige politische Kultur von ernannten Regenten“ anprangerte, „die zur Kreativität oder zum Lernen unfähig sind“.

„Doofe Kultur“

Weniger seine wirtschaftlichen Ansichten als vielmehr seine ausländerfeindlichen Stellungnahmen, vor allem aber seine scharfe Kritik an der politischen Kultur der Niederlande, trugen ihm bis weit über seine Parteianhängerschaft hinaus hohe Sympathiewerte ein. Viele Holländer betrachteten den öffentlich mit seiner Homosexualität kokettierenden Fortuyn als Personifizierung eines frischen Windes, der auf dem besten Weg war, das Land vom politischen Mief der letzten Jahrzehnte zu befreien. Seine Kritik an der Regierung Wim Koks, einer „lila“ Koalition, bestehend aus PvdA, VVD und *Democraten 66*, die seit acht Jahren das Land regiert, formulierte er harsch und aggressiv. Aber sie stieß keineswegs auf taube Ohren. Von seinem

Buch „Das Durcheinander von acht Jahren Lila“ verkauften sich binnen kürzester Zeit 100 000 Exemplare. Fortuyns politische Ansichten und seine betont unkonventionellen Medienauftritte machten ihn schlagartig zum Politstar – trotz, aber auch gerade wegen seiner Xenophobie. Fremdenfeindlich war Fortuyn mit Sicherheit. In einem folgenreichen Interview, das er am 9. Februar dieses Jahres der holländischen Zeitung „Volkskrant“ gab, erklärte er unumwunden: „Ich hasse den Islam nicht. Ich betrachte ihn als eine doofe Kultur. [...] Ich habe keine Lust, die Emanzipation von Frauen und Homosexuellen noch mal zu wiederholen.“ Ein Sturm der Entrüstung folgte. Etwas später versuchte er, diese Einschätzung des Islam mit dem Prädikat „rückständig“ zu relativieren, doch die Stoßrichtung seiner Worte blieb unmissverständlich. Trotz heftigen Widerspruchs seinerseits, wurde er seitdem mehr und mehr in die Nähe Le Pens und Haiders gerückt. Aber das Programm des Alt-68ers und ehemaligen Universitätsdozenten, der in Groningen marxistische Soziologie gelehrt hatte, bestand wohl eher aus einem wilden Gemisch von „linken“ und vor allem „rechten“ Programmpunkten, die nur eins gemein hatten – sie waren radikal und populistisch.

Auf das „Volkskrant“-Interview, in dem er auch die Abschaffung des ersten Verfassungsartikels – der Antidiskriminierungsklausel – forderte, folgte die Trennung von der *Liste Leefbaar Nederland* (Liste Lebenswerte Niederlande), zu deren Spitzenkandidat er einige Monate vorher gekürt worden war, und die Gründung einer eigenen Liste Pim Fortuyn. Bei den Kommunalwahlen am 6. März erhielt die *Liste Leefbaar Rotterdam* mit Fortuyn an der Spitze 17 von 45 Mandaten. Dies bedeutete zweifelsohne eine dramatische Entwicklung. Nicht nur für die Sozialdemokraten, die seit vielen Jahren die Stadt regierten, sondern vor allem weil plötzlich deutlich wurde, dass viele Bürger Rotterdams mit seinem hohen Ausländeranteil bereit

waren, ihre Stimme einer ausländerfeindlichen Partei zu geben.

Fortuyn und seine Liste thematisierten immer wieder in polemischer Weise Integrationsfragen. Er beteuerte beispielsweise, es gebe „große Gruppen“ in der holländischen Gesellschaft die „einen sozial-kulturellen Rückstand aufweisen“, und fügte hinzu, diese stammten aus Ländern, die „an den jahrhundertelangen jüdisch-christlich-humanistischen Entwicklungen Europas nicht beteiligt waren“. Mit derartigen Ansichten unterschied Fortuyn sich nicht sonderlich von der aufgewärmten Abendland-ideologie eines Edmund Stoiber, mit dem er – einem Interview mit der „Welt“ zufolge, das einen Tag nach seinem Tod erschien – auch „prima aus[ge]kommen“ wäre. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil dieser schon vor Jahren vor der „durchmischten und durchrasseten“ Gesellschaft gewarnt hatte. Für Fortuyn waren die Niederlande kein Einwanderungsland; auch forderte er den Austritt aus dem Schengener Abkommen. Regelmäßig agitierte er gegen die „Islamisierung“ der holländischen Kultur, beteuerte aber zugleich, er sei kein Rassist. Einem seiner Kritiker, dem Imam Hazelhoef, hielt er beispielsweise entgegen: „Ob ich gelegentlich mit Marokkanern spreche? Mehr noch: Ich schlafe regelmäßig mit ihnen.“

Politische Elite: ratlos

Nach den Kommunalwahlen in Rotterdam trafen Christdemokraten und Liberale ein Abkommen mit Fortuyn und erkannten somit die neue politische Realität an. Seit diesem Wahlsieg ließ sich der Vormarsch nicht mehr bremsen und nahm rasch ungeahnte Formen an. Den etablierten Parteien wurde schlagartig klar, dass Fortuyn mehr als nur einen Polit-Clown oder Polit-Dandy darstellte: Er meinte es Ernst. Trotzdem zeichneten sich die Reaktionen der Politik oftmals durch Banalität und Ratlosigkeit aus. Mit einer dialektischen Gewandtheit, die

geradewegs in den Realitätsverlust führte, erklärte sich Ministerpräsident Kok beispielsweise die schockierenden Stimmenverluste seiner Regierung in den Meinungsumfragen dadurch, dass sie „Opfer ihres eigenen Erfolgs“ geworden sei. Die politischen Parteien sahen sich plötzlich einem Mann gegenüber, der, auch in den Augen vieler seiner Gegner, wieder Schwung in den seit längerem in einer Sinnkrise steckenden Politbetrieb brachte.

Zwei Tage vor dem Attentat auf Fortuyn wurde in dem liberal-konservativen „NRC-Handelsblad“ der jämmerliche Zustand der niederländischen Demokratie beklagt. Die Niederlande, so das Urteil renommierter Professoren, die die Politik des Landes berufsbedingt verfolgen, verfügten lediglich über die Illusion einer Demokratie. „Wir leben in einem Land mit garantierten Grundrechten für jedermann. Aber wir sollten es nicht schönreden und zu etwas machen was es nicht ist: eine Demokratie mit Volksvertretern“, erklärte Hans Daudt, *éminence grise* der Politologenzunft und emeritierter Hochschullehrer an der Universität von Amsterdam. Der Maastrichter Politologe Nico Baakman brachte die Sachlage auf den Punkt. Politiker müssen, so beteuerte er, „ungeachtet ihrer Farbe bewiesen haben, dass sie im System sozialisiert worden sind. Sie müssen sich wenden können, Kompromisse schließen und ihren Mund halten. Das System kann nichts anfangen mit Leuten, die unangepasst sind.“ Für viele Holländer verkörperte der Politiker Fortuyn diese unangepasste Persönlichkeit. Ausgerechnet am Tag seiner Ermordung meldete das Wahlforschungsbüro Intomart, man müsse ernsthaft damit rechnen, dass die Liste Pim Fortuyn bei den Wahlen am 15. Mai die größte Partei des Landes werde und Fortuyn der nächste Ministerpräsident.

War Fortuyn, wie er selbst behauptete, Opfer einer Dämonisierung durch Medien und Politik? Sind diese mitschuldig an einer Rufmordkampagne, die möglicherweise zu dem Anschlag führte? Pim

Fortuyn war, und hierin gleicht er durchaus einem Jörg Haider, aber auch anderen westlichen Politprofis, ein Medienstar, der diese auf brillante Weise bediente und manipulierte. Zeigte man sich ihm wohl gesonnen, konnte man mit einem freundlichen Empfang rechnen. Bei kritischen Nachfragen aber fühlte er sich aufs Heftigste beleidigt und dämonisiert – eine Praxis, die er allerdings selbst zur Kunstform erhoben hatte. Der Gesundheitsministerin Els Borst hielt er wegen der langen Wartelisten der Krankenhäuser vor, sie habe „mehr Tote auf dem Gewissen als Osama Bin Laden“. Den ehemaligen Liberalenchef Bolkestein nannte er einen „Feigling“ und dem Nachfolger Wim Koks, Ad Melkert, attestierte er: „Wenn nötig, lügt und betrügt [er].“ Ob Fortuyn nun ein Rechtsradikaler oder Rechtspopulist war, sei dahingestellt. Die tolerante, multikulturelle und offene Gesellschaft aber hätte mit ihm als Ministerpräsidenten wohl irreparablen Schaden erlitten. Diese Gefahr scheint übrigens keineswegs gebannt. Die Hemmschwelle für politisch „unkorrektes Verhalten“ ist gesunken, was schwache Gruppen in der Gesellschaft bereits jetzt merken und in Zukunft noch deutlicher zu spüren bekommen werden.

Jan Herman Brinks

Freiburg ist nicht überall

In Frankreich gelingt Le Pen der Einzug in die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen, in den Niederlanden schockt Pim Fortuyn bis zu seiner Ermordung mit hohen Popularitätswerten, in Italien feiert Berlusconi sein erstes Jahr als Ministerpräsident mit hohen Zustimmungswerten in der Bevölkerung – in Freiburg dagegen wird erstmals ein